

Ein wenig Volkswirtschaft.

Der preussische Staat hat die Aktien der „Sibernia“ gekauft. Die „Sibernia“ ist eine Kohlenzeche im rheinisch-westfälischen Gebiete.

Der Staat zahlt den Aktionären bis Ende 1934 eine jährliche Rente von 12 v. S. in Schabanneiungen, die dann mit 270 eingelöst werden, 270 Mark für je 100 Mark, die die Aktie ursprünglich gekostet hat.

An dieser Tatsache scheint weiter nicht viel bemerkenswert zu sein. Aktionäre haben ein gutes Geschäft gemacht und das machen sie ja jetzt häufig. Die Aktien haben in den letzten Jahren durchschnittlich 11 v. S. getragen, der Staat bietet also, wie die Zeitungen betrieblig feststellen, nicht zu viel, aber auch nicht zu wenig. Er hatte schon lange die Absicht, die Aktien zu erwerben; der Kampf spielt seit dem Jahre 1904. Es war nämlich ein Kampf. Die Aktionäre wehrten sich und sie blieben die stärkeren. Damals wurde ihnen eine Rente von 8 v. S. geboten; sie fanden das zu wenig. Heute, nach zwölf Jahren, bekommen sie 12 v. S., genau um die Hälfte mehr. Sie finden das genügend.

An dieser Tatsache scheint weiter nicht viel bemerkenswert zu sein. Wirklich nicht? Ich will heute versuchen, Lestern, die einigermaßen geneigt sind, die Dinge anders als durch die offiziellen rosafarbenen Brillen zu betrachten, zu zeigen, daß doch einiges daran bemerkenswert ist. Zunächst der Grund, der den preussischen Staat veranlaßt hat, in so großem Umfange Aktienär zu erwerben: er wird dadurch mit einem stärkeren Anteil als bisher Teilnehmer am Kohlenyndikat. Bisher war er es mit 5 v. S., nun wird er seinen Anteil verdoppeln. Er wie auch dann zwar noch lange kein so großer Herr sein, wie der Herr Generaldirektor von Gelsenkirchen oder Herr Aug. Tessen, aber doch immerhin einer, der ein Wortchen drein zu reden hat. Man bemerke auch dieses:

nicht immer redet der Staat nur dann drein, wenn er Aktionär ist, ja es gibt sogar Dinge, wo man gar nicht drein; aber wenn es sich um Kohlenzechen handelt, erlaubt sich die staatliche Oberheit nur dann das Treinreden, wenn sie eine entsprechende Anzahl Aktien besitzt.

Unter allen Syndikaten sind die, bei denen die Bodenschätze der Profitmacherei als Unterlagen dienen, zweifellos die verwerflichsten. überall sonst, bei allem was erzeugt wird, kann die Menge der Erzeugung gesteigert werden und darin liegt immerhin ein gewisser Schutz vor Wämen, die zu hoch in den Himmel wachsen möchten. Die Bodenschätze können nicht nach Belieben vermehrt werden; das ist schlimm für die, die sie brauchen und kaufen müssen, aber gut für die, die sie besitzen und verkaufen können. Verständigen sich diese untereinander, so können sie die Preise fast nach ihrem Belieben festlegen; man nennt das — meine Leser wissen es schon — ein Syndikat. Das deutsche Kohlenyndikat hat davon ausreichend Gebrauch gemacht, das beweisen nicht nur die fast unausgesetzte gestiegenen Erträge, sondern noch viel unmittelbarer die Preise. Sie sind in den zwanzig Jahren von 1888 bis 1907 von Mk. 4.78 auf Mk. 9.52, also fast genau auf das Doppelte gestiegen. 1914 war der Preis nahe an Mk. 12. Die Erzeugungskosten der Kohle sind fast ausschließlich die Löhne. Diese sind in der gleichen Zeit von rund 1300 auf 1664 Mark, also um ein Drittel gestiegen. Das übrige war Mehrgewinn, Gewinn über den Gewinn, der schon vorher erzielt worden ist. Dieser Verdienst der Unternehmungen ist das Verdienst des Syndikates. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß der Wertvertrag der Förderung anhaltend gestiegen ist, in der Vergleichszeit von Mk. 1244 für den Mann auf Mk. 2518.

An diesem Syndikate nimmt nun auch der preussische Staat teil. Nicht, wie man vielleicht anzunehmen geneigt sein könnte, um mit seiner mächtigen Hand zu verhüten, daß die mächtigen Hände der anderen allzu ungeniert in die Taschen der Verbraucher greifen. In

gesellschaften, stunden, oviere und Obst.

Ministerien in der Großmarkthalle nur in großen für Verbrauchervereinigungen und Anstalten.

einer ganz ausgezeichneten Schrift von H. Rohmann: „Der Staat und die Syndikate“ wird erzählt, daß in der ersten Sitzung, in der den Syndikatsmitgliedern über den Anschluß der staatlichen Zechen berichtet wurde, auch schon eine neuerliche Erhöhung der Kohlenpreise angekündigt wurde, was den deutschen Verbrauch mit hundert bis hunderttausend Millionen, wovon allein sechzig ausfallen des rheinisch-westfälischen Syndikates, belastete.

Das ist der eine Gesichtspunkt, unter dem die Tatsache einigermaßen bemerkenswert ist. Der andere ist folgender:

Da waren nun jahrelang Leute Aktionäre und taten nichts als das. Techniker mühten sich, die Kohlen so billig wie möglich auszugeben zu fördern; Kaufleute mühten sich, die geförderten Kohlen so teuer wie möglich, und wie wir gesehen haben, oft noch teurer als möglich zu verkaufen; Hunderttausende von Männern brachten den besseren Teil ihres Lebens unter der Erde zu, um Löhne von dreihundert und wenn es gut ging von sechshundert Mark jährlich zu verdienen, vorausgesetzt, daß ihr Lohnanspruch nicht schon vor dem Silbestertage durch schlagende Wetter verkürzt wurde. Wer immer im Lande Kohlen braucht, und wer wäre das nicht?, von der Proletarierfrau in der Vorstadt bis zum Staat mit seinem ungeheuren Eisenbahnnetz, alle mußten leben, arbeiten und erwerben, damit die Aktionäre jährlich ihre 12 v. S. bekamen und nun berechtigt ihnen der Staat die Dividende, indem er sie in eine Rente umwandelt. Es darf uns nicht täuschen, daß diese Rente im Jahre 1934 in barem Gelde eingelöst wird, denn für dieses bare Geld kauft der Aktionär ja doch wieder Staatspapiere und so hebt er ewig von uns seine Rente ein. Damit ist nun ein neuer und höchst bedenklicher Grundlag in die Volkswirtschaft eingeführt.

Nicht das Geringste ist selbstverständlich dagegen einzubringen, wenn der Staat die Ausbeutung der Bodenschätze, die er niemals hätte einzelnen Bevorrateten

Der Abend
21.1.1916